

an der Zeit, eine neue Achse zu bauen, damit wir die Lokomotive wieder in Schwung bringen“, gab Leitl die Stoßrichtung für eine zukünftige Gestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik bildlich vor. Bei der Umsetzung von fortschrittlichen Konzep-

ten dürfe sich die Wirtschaft allerdings nicht zu stark an der Politik ausrichten: „Wenn die Politik Pause macht, hat das der Wirtschaft selten geschadet“, resümierte Leitl in seinem Schlusswort, bevor sich die Gäste zu einem ungezwungenen Gedan-

ken austausch im Foyer des Theaters am Marienort einfanden, wo bis zur Fertigstellung der neuen Mercatorhalle in den kommenden Jahren der traditionsreiche Neujahrsempfang der Niederrheinischen IHK stattfinden wird. mavo ■

Bevölkerung des Ruhrgebiets schrumpft dramatisch

Niederrheinische IHK warnt vor gravierenden Auswirkungen

Einstimmig verabschiedete Resolution der Vollversammlung der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel-Kleve zu Duisburg in ihrer Sitzung vom 11. Dezember 2002:

„Umfang und Struktur der Bevölkerung unterliegen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten dramatischen Veränderungen. Dieser Trend betrifft die gesamte Bundesrepublik, das Land Nordrhein-Westfalen und insbesondere das Ruhrgebiet. Die Auswirkungen auf den Niederrhein und die Wirtschaft der Region sind gravierend.

Nach Prognosen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik sowie Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) wird das Ruhrgebiet bereits bis zum Jahr 2015 sieben Prozent seiner derzeitigen Bevölkerung verlieren. Das entspricht einer Großstadt von 375 000 Einwohnern wie beispielsweise Bochum. Damit einher geht eine gravierende Änderung der Altersstruktur. So wird sich die Zahl der Erwerbsfähigen schon in den nächsten Jahren noch stärker verringern als die Gesamtbevölkerung. Der Anteil der Älteren an den Erwerbsfähigen und der Gesamtbevölkerung wird kontinuierlich steigen. Weder eine drastische Erhöhung der Geburtenrate, mit der im Übrigen auch nicht zu rechnen ist, noch die in den nächsten Jahren zu erwartende deutlich steigende Zuwanderung aus dem Ausland könnten daran nachhaltig etwas ändern.

Altersstrukturell läuft das Ruhrgebiet der Bundesrepublik um etwa 25 Jahre voraus. In Deutschland wird sich etwa im Jahr 2050 der Altersaufbau der Bevölkerung völlig umgekehrt haben: Waren 1950 etwa doppelt so viele Menschen unter 20 wie über 60 Jahre alt, so wird es in fünfzig Jahren mehr als doppelt so viele ältere wie jüngere Einwohner geben.

In den Teilregionen des Kammerbezirks entwickelt sich die Bevölkerungszahl bis 2015 durchaus unterschiedlich: Auf der Basis des Jahres 1998 wird die Einwohnerzahl der Stadt Duisburg voraussichtlich um rund 40 000 (7,4 Prozent) auf 490 000 schrumpfen, während der Kreis Wesel noch um 1,5 Prozent (+ 7 000) und der Kreis Kleve sogar um 7 Prozent (+ 20 000) wachsen werden. Überall nimmt der Anteil der Älteren deutlich zu.

Diese Gesamtentwicklung und die strukturellen Unterschiede zwischen den Teilregionen am Niederrhein und im überregionalen Vergleich sind mehr als bisher bei allen regionalpolitischen Überlegungen zu berücksichtigen. Eine schrumpfende Bevölkerung, die Veränderung der Altersstruktur und ein zunehmender Ausländeranteil haben zentrale Auswirkungen auf die Region. Diese bestehen im Wesentlichen in

- einem erheblichen Verlust an Kaufkraft – für das Ruhrgebiet beläuft sich die Prognose des RWI auf 6,1 bis 7,2 Milliarden Euro im Jahr 2015 – mit entsprechenden Herausforderungen für konsumnahe Wirtschaftsbereiche wie Einzelhandel, Gastronomie, Tourismus,

- Veränderungen der Wirtschaftsstruktur, vor allem im Dienstleistungsbereich,
- Veränderungen in der Nachfrage nach Immobilien und entsprechenden Rückwirkungen auf Bau- und Immobilienwirtschaft,
- veränderten Anforderungen an den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur,
- einem sinkenden Angebot an Arbeitskräften,
- einem zunehmenden Mangel an Fachkräften,
- einer veränderten Inanspruchnahme von Bildungsinstitutionen,
- steigenden Gesundheitsausgaben und einer veränderten Auslastung der Gesundheitseinrichtungen,
- einer weiteren Verschärfung der finanziellen Situation vieler Gebietskörperschaften,
- einer veränderten Ausrichtung der regionalen Wirtschaftsförderung,
- einer zunehmenden sozialräumlichen Polarisierung in bestimmten Kommunen und Stadtteilen bei steigenden Ausländeranteilen sowie entsprechenden Anforderungen an die Integrationspolitik.

Die Vollversammlung der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer appelliert an alle Verantwortlichen und Betroffenen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Öffentlichkeit, sich auf diese Herausforderungen rechtzeitig einzustellen und zielgerichtete Strategien zu ihrer Bewältigung zu entwickeln.

Die Kammer wird im Jahr 2003 eine Konferenz mit den Vertretern der Städte und Gemeinden am Niederrhein durchführen und gemeinsam Ansatzpunkte für die Gewinnung von Zukunftsperspektiven erörtern.“ ■